

Öko-soziale Marktwirtschaft statt liberaler Minimalstaat

- Wirtschaftsethik von Papst Franziskus in der Diskussion -

Papst Franziskus betont durch Handeln, Gesten und Reden, dass ein soziales Engagement unverzichtbar zum Christsein dazu gehört. Das für das Christentum zentrale Gebot der Nächstenliebe hat nicht nur im personalen Bereich Bedeutung, sondern auch eine strukturelle, ins Politische verlängerte Dimension. Obwohl auch Benedikt XVI. (2009 in Caritas in veritate, Nr. 7) die Verpflichtung der Christen zur politischen Nächstenliebe betont hatte, führt die stärker prophetisch-bildhafte Sprache und eine aufrüttelnde Zuspitzung des jetzigen Papstes zu großer Aufmerksamkeit, aber auch zu Ablehnung und Abwehr. Dies gilt vor allem für seine Kritik an wirtschaftlichen Entwicklungen, besonders seit deutlich wird, dass sich seine Wirtschaftskritik nicht nur an ökonomischen Erscheinungen seiner lateinamerikanischen Herkunftsregion mit defizitären Demokratien und Rechtsstaaten, verbreiteter Korruption sowie gravierenden Unterschieden zwischen Armen und Reichen anknüpft, sondern sich auch an westlichen Marktwirtschaften entzündet.

Kritiker des Papstes unterstellen ihm, dass er einer vormodernen Denkweise einer Gesellschaft ohne Wachstum verhaftet ist, in der Einer nur etwas gewinnen kann, wenn ein Anderer verliert. In einer solchen Gesellschaft, in der sich die Ressourcen nicht vermehren, liegt die Forderung nahe, dass Reiche mit den Armen zu teilen haben. Der Papst kenne aber nicht den grundlegenden Wechsel zu einer dynamischen Marktwirtschaft, in der Armut nicht durch Teilen gemildert, sondern durch Wachstum strukturell beseitigt wird. Papstkritiker wie der Opus-Dei Priester Martin Rhonheimer (in: Herderkorrespondenz Heft 10 (2016), FAS am 19.2.2017) gehen in verschiedenen Beiträgen vor allem auf die Vorstellungen des Ökonomie-Nobelpreisträgers Friedrich-August von Hayek (1899-1992) zurück.

Hayek hat mit seiner Herausarbeitung der Funktion des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs als eines gemeinschaftlichen, aber unintendierten Entdeckungsverfahrens, das über den Preismechanismus gesteuert wird, ein wichtiges Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung herausgestrichen. Dabei fordert Hayek, dass für alle Wettbewerbsteilnehmer die gleichen rechtstaatlichen Regeln gelten. Das Gesamtergebnis der Märkte, die sich aus einer Vielzahl individueller (jeweils einzeln gerechter) Traditionen ergeben, darf für Hayek keiner nachträglichen gesellschaftlichen Bewertung im Sinne einer „sozialen Gerechtigkeit“ unterzogen werden. Hayek lehnt diesen, für die kirchliche Sozialverkündigung zentralen, Begriff ausdrücklich ab und kritisiert entsprechende Aussagen in päpstlichen Dokumenten. Der Idee „sozialer Gerechtigkeit“ liege eine primitive Stammesmoral kleiner Gruppen, nicht aber die angemessene Vorstellung der Großgruppengesellschaft der Gegenwart zugrunde. Für Hayek ist „sozial“ ein Ausdruck, der mit beliebigen Inhalten gefüllt werden kann, und sich vor allem in seiner skeptischen Sicht gegen die repräsentative Demokratie zum politischen Schlagabtausch eignet. Für ihn ist eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat und eine soziale Demokratie keine Demokratie mehr. Der Gebrauch des Begriffs „sozial“ führe im politischen Wettkampf dazu, dass sich der Staatsanteil im Bruttoinlandprodukt zunehmend erhöht und mit immer mehr Detailregulierungen (z. B. Mindestlöhne, Subventionen) in einzelne Märkte interveniert wird, statt generelle Regeln anzuwenden. Das schränke aber nicht nur die individuelle Freiheit ein, sondern die Dynamik des Wettbewerbs - und sei damit letztlich zum Schaden aller, auch der Ärmere.

Der gesellschaftliche Sinn einer ungleichen Einkommensverteilung liegt für Hayek darin, dass sich wohlhabende Bevölkerungsgruppen heute mehr leisten können als Ärmere, doch in einer wachsenden Wirtschaft mit hohem Wettbewerb führen steigende Einkommen und sinkende Preise nach kurzer Zeit dazu, dass Güter, die heute Luxus sind (Flugreisen, PC's), morgen breiten Bevölkerungskreisen zugänglich werden. Hayek sieht zur Versorgung der Ärmsten ein Sozialhilfesystem vor.

Die hier skizzierten Positionen Hayeks sind von ihm in einer Vielzahl von berühmte Büchern wie der „Weg in die Knechtschaft“ (1944), die „Verfassung der Freiheit“ (1960), Recht, Gesetzgebung und Freiheit“ (3. Bd. 1979) eindrucksvoll entfaltet worden. Sie faszinierten Gegner des sozialistischen Systems im Ostblock, wie den früheren tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus, die britische Premierministerin Thatcher, aber auch früher marktkritisch eingestellte Theologen (z. B. FAS-Wirtschaftsredakteur Rainer Hank), die sich – wie vielfach Konvertiten- „bekehrt“ nun den extrem liberalen Positionen zuwenden.

Die breite wirtschaftsethische Debatte über die Hayek'sche Konzeption kritisiert ihn auf zwei zentralen Ebenen: Zum einen ist sein Konzept in sich nicht logisch konsistent, denn wenn Marktergebnisse nicht einer gesellschaftlichen Bewertung unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit unterzogen werden dürfen, dann müsste auch das Verhungern von erfolglosen Marktteilnehmer akzeptiert werden. Hayeks Plädoyer für ein Sozialhilfesystem ist eine ad hoc Einfügung, die sich konsistent aus seinem theoretischen System nicht systematisch ableiten lässt.

Die zweite Problematik liegt darin, dass Hayek die Leistungsfähigkeit von Märkten über den Umfang von Marktversagen systematisch unterschätzt, weil Preise vielfach für die Marktteilnehmer nicht die richtigen Informationen liefern (z. B. externe Effekte unzureichend einbezogen sind) und Märkte, wie in der Finanzkrise gezeigt wurde, eine hohe Instabilität aufweisen.

Weiterhin hat sich für moderne Volkswirtschaften herausgestellt, dass ein hoher Staatsanteil mit leistungsfähigen Staatsleistungen (Infrastruktur, Justiz und Verwaltung; Bildungswesen), die mit einer von Hayek bekämpften progressiven Einkommenssteuer finanziert werden, und einer staatlichen Sozialversicherung im globalen Wettbewerb am besten behaupten können (z. B. Deutschland, skandinavische Länder). Nicht nur ein fehlender Rechtsstaat, sondern ein unzureichender Leistungsstaat, der zu wenig Infrastruktur, Bildung und soziale Sicherung bereitstellt, ist ein zentrales Hemmnis für eine leistungsfähige Wirtschaft. Dies wird in der Gegenwart zunehmend auch von der Weltbank, IWF, der OECD und dem Davoser Weltwirtschaftsforum anerkannt.

Eine Öko-Soziale Marktwirtschaft ist daher nicht nur sozialetisch geboten, sondern auch ökonomisch effizienter. Hayek-Anhänger stehen damit vor einem Dilemma: Wollen sie seiner Methodologie folgen, dass sich im Wettbewerb effizientere Institutionen durchsetzen, dann müssen sie viele seiner konkreten wirtschaftspolitischen Empfehlungen eines Minimalstaates aufgeben und sich zu einer Sozialen Marktwirtschaft bekennen. Es ist nicht möglich der Methodologie zu folgen und zugleich an den konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen Hayeks festzuhalten.

Papst Franziskus ist ein entschiedener Verfechter einer Öko-Sozialen Marktwirtschaft. In seiner Karlspreisrede hat er ausdrücklich die Soziale Marktwirtschaft genannt. Entgegen oberflächlichen Papstkritikern, die ihm „Kapitalismuskritik“ vorhalten, benutzt er im Gegensatz zu einer Reihe seiner Vorgänger, wie Johannes Paul II., diesen Begriff gar nicht.

Wenn er auch die Wirtschaft der westlichen Industrienationen kritisiert, tut er dies, weil sie vielfach keine Sozialen Marktwirtschaften mehr, bzw. noch keine Ökologischen Marktwirtschaften sind. Dies gilt etwa für Verteilungsfragen, wenn die Diskrepanzen zwischen Managergehälter und den durchschnittlichen Belegschaftseinkommen immer größer werden. Bei den langfristigen Beschäftigungsverhältnissen der deutschen Industriearbeiter bei den vielen Weltmarktführern kommt es auch darauf an, dass sich die Mitarbeiter mit ihrer Unternehmensleistung identifizieren und z. B. als Facharbeiter selbständig mitdenken. Dann darf aber auch soziale wie gehaltsmäßige Distanz zwischen dem normalen Facharbeiter und Angestellten und der Unternehmensspitze nicht zu groß werden.

Der Papst weist auch auf die verfehlte Verselbständigung der Finanzmärkte hin, die nicht mehr hinreichend im Dienst der Realwirtschaft stehen, sondern diese, wie etwa in der Finanzkrise geschehen, destabilisieren können. Weiterhin kritisiert der Papst, dass nicht - wie im traditionellen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft - die Politik der Wirtschaft eine demokratisch legitimierte Rahmenordnung vorgibt, sondern sich vor allem große transnationale Konzerne der nationalen Gesetzgebung entziehen oder diese durch Lobbyarbeit zu ihren Gunsten beeinflussen können. Exemplarisch braucht hier nur auf die faktische Steuerfreiheit gewinnstarker Konzerne hingewiesen werden.

Angesichts des drohenden Klimawandels, des Artenschwundes, der Erosion von Böden sowie Luftverschmutzung usw. ist allzu deutlich, dass die ökologische Einhegung der Marktwirtschaft unzureichend ist. Dies hat der Papst eindrucksvoll in seiner Enzyklika „Laudato Si“ unterstrichen. Wer sich also als Theologe auf Hayek beruft, um den Papst zu kritisieren, unterscheidet sich von den wesentlichen Vertretern der Soziallehre der Kirche im deutschsprachigen Raum dadurch, dass sie sich nicht, wie frühere und gegenwärtige Vertreter der Soziallehre der Kirche, der Mühe eines ökonomischen Studiums in der Tradition Joseph Höffners unterzogen haben und nicht umfassend Theorie und Empirie der Wirtschaft studiert haben, sondern sich auf eine extreme Randposition beziehen.

Joachim Wiemeyer ist Prof. f. Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum